

Protokoll

über die 14. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 2. Amtszeit

Sitzungstermin: 5.12.2022

Sitzungsort: in Präsenz im Brandenburg-Saal mit digitaler Zuschaltung

Sitzungsleitung: Herr Mones (Vorsitzender)

Protokollführung: Sonja Steinbach

Zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

➔ **Protokollanlagen:** Keine

Gesprächsinhalte:

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden. Zu Beginn der Sitzung sind 29 stimmberechtigte Mitglieder anwesend bzw. digital zugeschaltet.

Eine Rückfrage zum Thema „überörtliche Jugendhilfeplanung“ erfolgt, im speziellen zu den Auswirkungen der Erlaubniserteilung nach § 20 auf die Jugendhilfeinfrastruktur im Bereich der Kindertagesbetreuung und die Festlegung dazu, dass diese nach „§ 12 (5) AGKJHG zu erörtern sind. Herr Westphal bietet an, zu diesem Thema einen gesonderten Termin zu vereinbaren.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Ja: 28 (18 digital, 10 in Präsenz)

Nein: 0

Enthaltung: 0

Weitere Verabredungen: Zum Thema überörtliche Jugendhilfeplanung soll ein gesonderter Termin vereinbart werden.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 29.08.2022

➔ **Protokollanlagen:** Verabschiedete Fassung des Protokolls vom 29.08.2022

Gesprächsinhalte:

Das Protokoll der Sitzung des LKJA am 29.8.2022 wird ohne Änderungen verabschiedet. Es erfolgt eine inhaltliche Rückfrage zum Thema „Fachkräfte“. Herr Mones verweist auf den Tagesordnungspunkt 6 „Austausch zu dem Thema Umgang mit Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe“, in dem weitere Erläuterungen folgen. Eine weitere Nachfrage erfolgt zum Thema „Ombudsstelle“. Dieses Thema wird unter dem Tagesordnungspunkt 8 „Bericht der obersten Landesjugendbehörde“ bearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis

Ja: 22 (13 digital, 9 in Präsenz)

Nein: 0

Enthaltung: 6 (5 digital, 1 in Präsenz)

Damit ist das Protokoll der letzten Sitzung angenommen.

Weitere Verabredungen: Keine

**Zu TOP 3 Beschlussvorlage zu einer Handlungsempfehlung zur Durchführung von Qualitätsdialogen im Bereich der stationären und teilstationären Hilfe zur Erziehung
BE: Herr Decker**

Protokollanlagen: Keine.

Gesprächsinhalte:

Herr Decker stellt die Genese zur Erarbeitung des Entwurfs der Handlungsempfehlungen zur Durchführung von Qualitätsdialogen im Bereich der stationären und teilstationären Hilfe zur Erziehung im Unterausschuss HzE vor und schlägt dem Plenum vor, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Von Seiten der öffentlichen Träger wird Irritation darüber formuliert, dass diese nicht in den Erstellungsprozess einbezogen worden seien. Herr Decker antwortet, dass bei der Erarbeitung in einem ersten Schritt 8 Landkreise beteiligt gewesen seien, allerdings liege diese erste Phase zeitlich weiter zurück. Eine Beteiligung im Unterausschuss HzE sei jederzeit möglich gewesen. Er bittet die öffentlichen Träger ein Mitglied in den Unterausschuss HzE zu entsenden. Es wird erwidert, dass eine kontinuierliche Teilnahme aufgrund der derzeitigen hohen Belastung der Landkreise / kreisfreien Städte nicht gelungen sei. Frau Schlüter schlägt eine weitere Abstimmungsrunde vor.

Es erfolgt die Einigung, dass über die vorliegende Beschlussvorlage abgestimmt werden soll. Eine erneute Einbindung der öffentlichen Jugendhilfe ist möglich, es wird dem MBS anheimgestellt, den weiteren Prozess zu gestalten.

Die Beschlussvorlage **120-37/22** mit folgendem Beschlussvorschlag wird wie mündlich beraten abgestimmt:

„Nach der Durchführung eines Fachgespräches im SFBB am 13.10.2017 hat der LKJA am 04.12.2017 den UA Hilfen zur Erziehung beauftragt, eine Handlungsempfehlung zur Durchführung von Qualitätsdialogen im Bereich der stationären und teilstationären Hilfe zur Erziehung zu erarbeiten. Eine Arbeitsgruppe mit wechselnder Besetzung von Vertreterinnen und Vertretern aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe erarbeitete daraufhin einen ersten Entwurf, der jedoch noch nicht ausgereift war. Aus unterschiedlichen Gründen – u. a. das Ende der Legislaturperiode – kam das Vorhaben zwischenzeitlich zum Erliegen. Um den Auftrag des LKJA trotz widriger Umstände (Pandemie) zu erfüllen, wurde die Fertigstellung der Handlungsempfehlung extern in Auftrag gegeben. In enger Beratung/Abstimmung mit dem UA Hilfen zur Erziehung hat Frau Heidrun Kohlhaas den vorliegenden Entwurf erarbeitet. Die Handlungsempfehlung entspricht den aktuellen fachlichen Standards und greift die unterschiedlichen Erfahrungswerte, die im Land Brandenburg vorhanden sind, auf. Die Handlungsempfehlung soll zur regelmäßigen Durchführung von Qualitätsdialogen anregen und gibt wertvolle Hinweise für eine zielorientierte Durchführung. Damit leistet die Handlungsempfehlung einen wichtigen Beitrag zur qualitativen Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung im Land Brandenburg“.

Abstimmungsergebnis

Ja: 20 (12 digital, 8 in Präsenz)

Nein: 2 (2 digital)

Enthaltung: 8 (6 digital, 2 in Präsenz)

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest, das Benehmen ist hergestellt.

Verabredungen: Es wird dem MBSJ vorgeschlagen, die öffentlichen Träger der Jugendhilfe/die KSV zum weiteren Umgang mit den Empfehlungen anzuhören.

Zu TOP 4: Benehmensherstellung Entwurf Fördergrundsätze für Zuwendungen im Rahmen des Landesprogramms zur Förderung von Kindertagesstätten mit sorbischen/wendischen Bildungsangeboten 2023

BE: Frau Rechenbach (MBSJ)

→ Protokollanlagen: Keine.

Gesprächsinhalte:

Frau Rechenbach stellt den Entwurf der Fördergrundsätze und die geplante Fortschreibung vor. Herr Dr. Einig merkt an, dass die Benehmensherstellung zu einem späten Zeitpunkt erfolge und bittet um einen früheren Beginn für zukünftige Verfahren. Es wird erfragt wie die Verteilung zwischen freien und öffentlichen Trägern ist. Diese Information soll mit dem Protokoll versandt werden.

Die Beschlussvorlage **121-37/22** mit folgendem Beschlussvorschlag wird abgestimmt:

„Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss stellt das Benehmen zum Entwurf Fördergrundsätze zur Förderung von Kindertagesstätten mit sorbischen/wendischen Bildungsangeboten 2023 her.“

Abstimmungsergebnis

Ja: 27 (16 digital, 11 in Präsenz)

Nein: 0

Enthaltung: 3 (3 digital)

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest, das Benehmen ist hergestellt.

Weitere Verabredungen: Es soll nachgemeldet werden wie die Verteilung zwischen freien und öffentlichen Trägern ist: Es werden insgesamt 17 Kindertagesstätten gefördert, von denen 3 in freier Trägerschaft sind (2 sorbischer Schulverein, 1 ASF-Albert Schweitzer Kinderdörfer und Familienwerke).

Zu TOP 5: Bericht der Unterausschüsse

BE: Herr Feuerschütz, Herr Dr. Einig, Herr Decker, Herr Thiele

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

5.1. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Jugendschutz, BE: Herr Feuerschütz

Herr Feuerschütz berichtet zur Arbeit des Unterausschuss JJJ. Dieser hat sich ausführlich mit der Umsetzung KJSG und dem Beteiligungsprozess dazu befasst.

5.2. Kindertagesbetreuung, BE: Herr Dr. Einig

Herr Dr. Einig berichtet zur Arbeit des Unterausschuss Kita. Dieser hat sich mit folgenden Themen beschäftigt: Grundsätze gemeinsamer Nutzung von Räumen in Schule und Hort, Kitarechtsreform, Sprachkitas, Kindertagespfliegerreform, Richtlinienentwurf Kita-Betreuung 2023, Personalbedarf und Fachkräftemangel.

5.3. Hilfen zur Erziehung, BE: Herr Decker

Herr Decker berichtet zur Arbeit des Unterausschusses HzE. Die letzte reguläre Sitzung fand am 21.10.2022 statt, viele weitere Sitzungen fanden zum Beteiligungsprozess Phase II - Umsetzung KJSG statt. Herr Decker gibt einen Rückblick auf den Brandenburger Erziehungshilfetag 2022. Weitere Themen des Unterausschusses waren: Fragen zu Betriebserlaubnisverfahren, Gutscheine für die Praxisanleitung, Fachkräftemangel.

Frau Wagner stellt in Absprache mit Herrn Decker beim Bericht des UA HzE die **Beschlussvorlage BVL 122-37/22** „Herstellung des Benehmens nach § 12 (3) AGKJHG zur Änderung der Berechnungsgrundlage in der Verwaltungsvorschrift zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gemäß §§ 45 ff. SGB VIII für teilstationäre und stationäre Angebote der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen sowie für Wohnheime bzw. Internate im Land Brandenburg (VV-SchuKJE)“ vor.

Herr Decker ergänzt, dass sich der Unterausschuss mit dem vorliegenden Entwurf nicht befasst habe, es allerdings eine Befassung zu dem Thema insgesamt im Unterausschuss gab. Er unterstützt die, von Frau Wagner vorgetragenen, Argumente. Er merkt weiter an, dass diese Anpassung nicht das grundsätzliche Problem löse, mit dem sich weiter befasst werden sollte.

Es wird im weitere fachlichen Austausch darum gebeten, dass die Veröffentlichung im Amtsblatt mit Berechnungsgrundlage erfolgen soll.

Es wird angemerkt, dass der Vorgang den Vertretungen der öffentlichen Jugendhilfe / der kommunalen Spitzenverbände nicht bekannt gewesen sei und weiterer Klärungsbedarf zu den geplanten Änderungen bestehe.

Herr Westphal weist auf die Beteiligung des LKJA durch die geplante Herstellung des Benehmens hin. Frau Schlüter bittet um eine gesonderte Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände. Es wird vereinbart, dass die Kommunale Spitzenverbände gesondert Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten sollen.

Die Beschlussvorlage **122-37/22** mit folgendem Beschlussvorschlag „Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss stellt das Benehmen zur Änderung der Berechnungsgrundlage in der Verwaltungsvorschrift zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gemäß §§ 45 ff. SGB VIII für teilstationäre und stationäre Angebote der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen sowie für Wohnheime bzw. Internate im Land Brandenburg (VV-SchuKJE) her“ wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja: 19 (11 digital, 8 in Präsenz)

Nein: 4 (4 digital)

Enthaltung: 8 (5 digital, 3 in Präsenz)

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest, das Benehmen ist hergestellt.

5.4. JJQ: BE: Herr Thiele

Herr Thiele berichtet zur Arbeit des Unterausschuss JJQ. Themen waren insbesondere der Beteiligungsprozess Umsetzung KJSG und Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe.

Verabredungen: Zur Änderung der Berechnungsgrundlage in der „VV-SchuKJE“ wird vereinbart, dass die Kommunale Spitzenverbände gesondert Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten sollen.

Zu TOP 6: Austausch zu dem Thema Umgang mit Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe

→ Protokollanlagen: Veröffentlichung des LKJA „Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels in der Kinder- und Jugendhilfe“

Gesprächsinhalte:

Herr Mones führt ein und beschreibt das Thema Fachkräftemangel / Fachkräftesicherung als zentrales Thema aller Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe. Er schlägt dem LKJA vor, sich in diesem Sinne mit dem Thema zu befassen. Herr Westphal berichtet zur Fortschreibung der Fachkräfteprognose durch das MBSJ und schlägt dazu eine gesonderte Befassung in 2023 vor. Zu dem Thema Fachkräfteprognose findet ein fachlicher Austausch statt, unter anderem zu Personalschlüssel, zum Wechsel von Arbeitsfeldern von pädagogischen Fachkräften, regionalen Unterschiede und Berechnungsgrößen sowie zur Datengrundlage der Prognose statt. Es wird angeregt, einen Praxisbeirat zu dem Thema einzusetzen.

Es wird vereinbart, dass es im Jahr 2023 einen Fachtag des LKJA zum Thema „Fachkräfte“ geben soll. Dieser Fachtag soll, wenn möglich, Ende des ersten Quartals bzw. Anfang des zweiten Quartals 2023 stattfinden. Es soll eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eingesetzt werden, bestehend aus dem Vorstand des LKJA, den Unterausschuss-Vorsitzenden, weiteren Mitgliedern des LKJA sowie Vertreter/innen des MBSJ. Das SFBB soll in die Planung miteinbezogen werden. Die Veröffentlichung des LKJA aus dem Jahr 2020 „Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels in der Kinder- und Jugendhilfe“ wird mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt.

Verabredungen:

Es wird vereinbart, dass es im Jahr 2023 einen Fachtag des LKJA zum Thema „Fachkräfte“ geben soll. Dieser Fachtag soll, wenn möglich, Ende des ersten Quartals bzw. Anfang des zweiten Quartals 2023 stattfinden. Es soll eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eingesetzt werden, bestehend aus dem Vorstand des LKJA, den Unterausschuss-Vorsitzenden, weiteren Mitgliedern des LKJA sowie Vertreter/innen des MBSJ. Das SFBB soll in die Planung miteinbezogen werden.

Die Veröffentlichung des LKJA aus dem Jahr 2020 „Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels in der Kinder- und Jugendhilfe“ wird mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 7: Planungen zur Umsetzung Brandenburg-Paket

BE: Herr Westphal und Herr Schulz (MBSJ)

→ Protokollanlagen: Anlage_2 Bericht Herr Schulz

Gesprächsinhalte:

Herr Westphal führt zu dem Thema ein, insbesondere zu den Planungen zur Elternbeitragsentlastung Kita. Er kündigt ein Online-Tool an, das im Dezember bereitstehen soll, um den Berechnungsaufwand für Träger und Eltern zu reduzieren. Es soll außerdem mehrere Erläuterungsschreiben und ein FAQ geben.

Es findet ein fachlicher Austausch unter anderem zu folgenden Themen statt: Einkommensbegriff und Berücksichtigung von Mehrkindfamilien sowie organisatorischer Aufwand der Umsetzung und geplante Laufzeit. Es erfolgt eine Rückfrage zur Votierung Brandenburgs

im Bundesrat, es wird in der Sitzung der Link zur Verfügung gestellt, unter dem die Votierungen eingesehen werden können.

Herr Schulz berichtet zu den Planungen „Brandenburg-Paket“. Vom LKJA wird gewünscht, dass die Details des Berichts dem Protokoll beigefügt werden (siehe beigefügte Anlage_2). Es findet ein fachlicher Austausch unter anderem zu folgenden Themen statt: Einbezug der Träger der Hilfen zur Erziehung und Jugendarbeit bzw. notwendige Weiterentwicklung von Förderrichtlinien.

Es wird darum gebeten, eine agile Nachsteuerung auf aktuelle Problemlagen insbesondere in den Arbeitsfeldern Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit zu ermöglichen.

Angemerkt wird, dass die Planungen noch unkonkret seien, außerdem sei der Zeitplan schwer zu halten.

Herr Westphal erläutert die Hintergründe zu einzelnen Themenpunkten, macht auf den Zeitdruck aufmerksam, unter dem Entscheidungen gefällt werden mussten, und verweist auf das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren, in dem nun die fachliche Beratung läuft.

Verabredungen: Vom LKJA wird gewünscht, dass die Details des Berichts zu den Planungen dem Protokoll beigefügt werden (siehe beigefügte Anlage_2).

Zu TOP 8: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Westphal (MBS)

→ Protokollanlagen: Keine

Gesprächsinhalte:

Herr Westphal berichtet zum Stand folgender Vorhaben: Kita-Qualitätsgesetz und 3. Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung. Außerdem berichtet er zu den Planungen, zur zeitlichen Vorziehung Sprachstandsfeststellung und kündigt dazu weitere Informationen an. Er berichtet außerdem zum Thema Bildungsplan, der Auftrag hierzu wurde vergeben. Herr Westphal stellt den weiteren Zeitplan und den geplanten formalen Beteiligungsprozess vor, u.a. mit dem LKJA soll das Benehmen zu dem Entwurf des Bildungsplans hergestellt werden.

Weiter informiert Herr Westphal zur Entwicklung der Prüfungspraxis in Betriebserlaubnisverfahren für Horte bezüglich der Anrechnung von Schulräumen auf den erforderlichen Flächenbedarf des Hortes und kündigt dazu ein Schreiben an. Hierzu findet ein kurzer fachlicher Austausch statt.

Weitere Themen seines Berichts sind: Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung ab August 2026, Verwendungsnachweisprüfung Gute-Kita-Gesetz und das versandte Schreiben dazu. Herr Westphal berichtet außerdem zum JFMK-Vorsitz Brandenburgs im Jahr 2023, den Planungen dazu und stellt die Geschäftsstelle der JFMK vor, die beim MBS angesiedelt ist. Vorschläge von bundespolitisch relevanten Themen sind möglich.

Er macht außerdem bekannt, dass voraussichtlich das SPI die erste landesweite Ombudsstelle betreiben wird und berichtet kurz zum Verfahren.

Weitere Verabredungen: Keine.

Zu TOP 9: Information zum aktuellen Stand und Austausch zum Beteiligungsprozess insbesondere Phase II KJSG/KJG

BE: Frau Balzer (MBS)

→ Protokollanlagen: Keine

Gesprächsinhalte:

Frau Balzer berichtet zum Stand insbesondere zu den Verfassungsbeschwerden zweier Kommunen aus Mecklenburg-Vorpommern zum KJSG, zum letzten Quartalstreffen der Jugendämter in Phase I am 30.11.2022 und zum geplanten Auftakt der Phase III am 10.12.2022. Die Phase II des Beteiligungsprozesses ist beendet, es findet noch die Ergebnissicherung statt sowie ein Termin zum Thema „Organisation der Kinder- und Jugendhilfe, Landes-Kinder- und Jugendausschuss“ am 24.01.2023 statt.

Frau Balzer dankt dem LKJA und den erweiterten Unterausschüssen für ihren Einsatz und Mitarbeit in der Beteiligungsphase II des Prozesses. Sie verweist auf die nächsten Schritte zur Erarbeitung des Gesetzes und den formalen Beteiligungsprozess, der geplant ist. Es findet ein fachlicher Austausch statt.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 10: Verschiedenes

→ Protokollanlagen: Keine

Die nächste Sitzung des LKJA wird am 27.02.2023 stattfinden.

Weitere Terminplanung für das Jahr 2023:

Montag, den 27.02.2023:

Montag, den 24.04.2023:

Montag, den 26.06.2023

Montag, den 18.09.2023:

Montag, den 27.11.2023:

Weitere Verabredungen: Keine

Herr Mones verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:45 Uhr.

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, **27.02.2023**, ab **14:00** Uhr statt.

gez. Bernhard Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. Sonja Steinbach
Protokollführerin